

Presseerklärung der Initiative K21 Feuerbach zur Landtagswahl in Baden-Württemberg

Wir brauchen eine objektive Bestandsaufnahme und kein „Weiter so“!

Die Kritikpunkte an Stuttgart 21 lassen sich nicht leugnen:

- Das Projekt Stuttgart 21 bedeutet einen Kapazitätsabbau des Schienenverkehrs und damit Verlagerung von mehr Verkehr auf die Straße.
- S21 bedeutet unkalkulierbare Kostensteigerungen.

Wir von der Initiative K21 Feuerbach fordern deshalb ein Moratorium und eine Klärung, wie es weiter gehen könnte. Dazu haben wir LandtagskandidatInnen abgefragt, wie sie zum Vorschlag eines Moratoriums stehen und dass es zur Gäubahn mindestens zwei Varianten zum Vorschlag der Bahn und zur Kappung der Gäubahn gibt.

Die Grünen aus den Stuttgarter Wahlkreisen schreiben: „Stuttgart 21 wurde einst als „best geplantes Projekt der deutschen Eisenbahngeschichte“ bezeichnet. Selbst die härtesten S21-Befürworter müssen zugeben: Das klingt heute wie ein schlechter Witz.“ Und weiter: „Viele der kritischen Prognosen, die wir vorgetragen haben, sind inzwischen eingetreten. Dennoch akzeptieren wir das Ergebnis der Volksabstimmung“. Die Grünen in den Stuttgarter Wahlkreisen setzen deshalb darauf, „Mängel zu beseitigen und Engpässe aufzulösen...“

Diese Argumente finden sich auch bei anderen, so bei den Freien Wählern: „Wir sind ebenso wie Sie über das mangelhafte und dilettantische Projekt- und Kostenmanagement entsetzt, aber die Freien Wähler beugen sich den demokratischen Mehrheiten“.

Wenn sich diese Parteien ausdrücklich auf das Abstimmungsergebnis des Volksentscheids vom 27. November 2011 beziehen und dies als Zustimmung für S21 sehen, bleibt doch fest zu stellen: Die Abstimmung hat das erforderliche Quorum von 2,5 Millionen Stimmen verfehlt, beteiligt haben sich 2,3 Millionen, also war und ist die Volksabstimmung nicht bindend.

Wenn Grüne, CDU, SPD und FDP eine erneute offene Prüfung des Projekts verweigern, zeugt dies von einem mangelhaften Politikverständnis. Parteien und Abgeordnete können ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen, wenn sie bereit sind, Entscheidungen zu überdenken, deren Grundlagen und Zielsetzungen sich nach 20 Jahren Planung und Bau als brüchig erwiesen haben.

Es gab und gibt auch anderen Stellungnahmen:

Die ÖDP schreibt uns: „Die ÖDP würde ein Moratorium befürworten, allerdings sehen wir ehrlich gesagt in der jetzigen Phase kaum noch die Möglichkeit, das Projekt zu stoppen.“

Die Piraten schreiben uns: „Die Piratenpartei positioniert sich schon seit langem klar gegen Stuttgart 21 auch wegen der sehr nachteiligen Auswirkungen auf das Stadtklima“. Der Kreisvorstand der Linken hat uns geschrieben: „Stuttgart 21 ist nicht nur ein Milliardengrab, sondern ein echter Rückschritt für den Schienenverkehr und für die Stadtentwicklung der Stadt Stuttgart.“

Und auch KandidatInnen, deren Parteien zu den harten Befürwortern des S21-Projekts gehörten, schreiben uns: „Ich bin ebenfalls kein S21-Fan und offen für Vorschläge zum Umgang mit diesem Projekt.“

Unsere Abfrage hat gezeigt: Einzelne KandidatInnen der „Tunnelparteien“ sind durchaus gesprächsbereit, und Parteien wie die LINKE, die Piraten positionieren sich klar gegen Stuttgart 21.